

# **Pressemitteilung der LSV: "Systemkritik ist berechtigt!" - Landeschülervertretung Bayern zum gescheiterten Volksbegehren"**

28.06.2005:

28.6.2005 Pressemitteilung der Landeschülervertretung Bayern mit der freundlichen Bitte um Berücksichtigung

"Systemkritik ist berechtigt!" - Landeschülervertretung Bayern zum gescheiterten Volksbegehren gegen das achtjährige Gymnasium (G8)

Anlässlich des heute erfolglos zu Ende gegangenen Volksbegehrens zur Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums äußert sich die Landeschülervertretung Bayern (LSV). Raphaela Schweiger, Mitglied im Landesvorstand der LSV: "Dass sich Eltern, Lehrer und Schüler gegen die verherenden Verhältnisse an den bayerischen Schulen stellen ist absolut legitim - aus unserer Sicht darf die Frage G8 oder G9 jetzt aber keine Rolle mehr spielen. Das "Löcherflicken" an unserem bisherigen Schulsystem muss ein Ende haben".

"Wir treten für die Einführung einer Schule für alle Schülerinnen und Schüler ein. Wir wünschen uns ein Schulsystem, in dem jeder gleiche Chancen hat, unabhängig davon, wie groß der Geldbeutel der Eltern ist" meint Schweiger weiter. "Die vielen Schulstudien wie PISA oder TIMMS sind vielfach interpretierbar - der viel zu starke Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen zieht sich jedoch wie ein roter Faden durch sämtliche Berichte" so Schweiger. "Hinzu kommt, dass unser derzeitiges System Lehrkräfte dazu animiert, Schülerinnen und Schüler auf andere, niedrigere Schularten abzuschieben, anstatt sie individuell zu fördern und so zum Klassenziel zu begleiten. Gäbe es nur noch eine Schulart, müssten unsere Lehrerinnen und Lehrer die Schülerinnen und Schüler fördern - ihnen bliebe gar nichts anderes übrig", sagt die Schülervertreterin.

Abschließend gibt Raphaela Schweiger zu bedenken: "Bei allen Diskussionen, die Schule betreffen, werden Schülerinnen und Schüler selten angehört, obwohl wir die Hauptbetroffenen von Schule sind. Damit Schule funktionieren kann, müssen wir endlich anfangen, miteinander zu arbeiten - Lehrer, Eltern, Schüler und die Politik gemeinsam. Hin zu einer besseren Schule für alle Beteiligten."